

Wahlprüfstein Europa-Union Deutschland e.V.

Thema 1: Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

Wie will die SPD die Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa sicherstellen?

Wir müssen bestehende Schutzinstrumente mit größerer Härte einsetzen und neue Instrumente zum Schutz unserer gemeinsamen Werte entwickeln. So muss das Grundwerte-Verfahren des Artikels 7 des EU-Vertrags stringenter angewendet und angepasst werden. Mitgliedstaaten, die gegen unsere Werte verstoßen, muss das Stimmrecht entzogen werden. Wir wollen mehr Mitspracherecht für das Europäische Parlament und einzelne Staaten dürfen Sanktionen im Rat nicht mehr blockieren können. Zudem fordern wir, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag verstoßen. Außerdem braucht es verstärkte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten. Wir fordern eine unabhängige Kopenhagen-Kommission, die überwacht, ob Kommission und Rat die bestehenden Instrumente anwenden.

Thema 2: Europäische Verteidigungspolitik

Welche Ziele befürwortet die SPD mit Blick auf eine gemeinsame europäische Verteidigung?

Auch wenn die NATO ihre zentrale Rolle für unsere Bündnisverteidigung behält, wollen wir Europa in die Lage versetzen, Sicherheit vor externen Bedrohungen zunehmend eigenständig zu gewährleisten. Wir sind davon überzeugt, dass durch gemeinsame Investitionen und Organisation unserer Streitkräfte wichtige Synergieeffekte erzielt werden können und die europäische Säule in der NATO nachhaltig gestärkt werden kann. Wir wollen mehr Harmonisierung in der Ausbildung von Soldat*innen und demokratisch legitimierte und effiziente Entscheidungsstrukturen auf europäischer Ebene zum Beispiel einen eigenständigen Rat der Verteidigungsminister*innen. Wir brauchen mehr Anreize für gemeinsame Beschaffung, einen Binnenmarkt der Verteidigung mit einheitlicheren Zertifizierungsverfahren und Beschaffungszyklen sowie eine koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik.

Thema 3: EU-Haushalt

Braucht die EU für ihre Aufgaben neue Eigenmittel, brauchen wir mehr gemeinsame europäische Schuldenaufnahme?

Mehr öffentliche Mittel sind notwendig, um die sozial-ökologische Transformation zu meistern. Mit dauerhaft geeigneten Instrumenten wollen wir die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer*innen im Wandel unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch begegnen. Wir fordern, dass 2027 für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in den zentralen Politikbereichen der EU, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern, zusätzliche Mittel investiert werden. Wir wollen die EU finanziell unabhängiger machen und gleichzeitig den deutschen Haushalt von Beiträgen in den europäischen Haushalt entlasten. Deshalb sind wir für die Ermöglichung neuer Eigenmittel für die EU. Einnahmen, die durch europäische Politiken entstehen, gehören in den EU-Haushalt. Dies heißt für uns jedoch nicht, dass Bürgerinnen und Bürger stärker steuerlich belastet werden sollen als heute.

Thema 4: Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat

Wie steht die SPD zur Abschaffung der verbliebenen Einstimmigkeitsregeln in den Entscheidungsverfahren?

Wir wollen, dass das Einstimmigkeitsprinzip überall dort, wo es im Rat noch gilt, abgeschafft wird. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität. Damit verhindern wir auch, dass zunehmend undemokratische Mitgliedsstaaten ihre Vetorechte missbrauchen und die Union in Geiselschaft nehmen.

Thema 5: Reform der EU / EU-Konvent

Braucht die EU eine Reform, einen neuen Konvent – und wenn ja, wann?

Die Konferenz zur Zukunft Europas als innovative und partizipatorische Form der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung hat klar den Wunsch nach einer handlungsfähigeren Europäischen Union gezeigt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vorschläge auch Geltung in der europäischen Gesetzgebung finden. Insbesondere wollen wir dem Vorschlag folgen, das Einstimmigkeitsprinzip dort abzuschaffen, wo es bereits heute im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Für die Umsetzung einiger weitergehender Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ist eine Änderung der EU-Verträge notwendig, da sie entweder Politikbereiche betreffen, in denen die EU noch keine Kompetenzen besitzt oder eine Änderung der institutionellen Architektur der EU notwendig wäre.

Daher werben wir bei unseren europäischen Partnern für die Einsetzung eines europäischen Konvents.

Thema 6: Europäisches Wahlrecht

Unterstützt die SPD für 2029 ein europäisches Wahlrecht mit einer Zweitstimme für alle Bürgerinnen und Bürger, die damit zusätzliche Abgeordnete auf transnationalen Listen wählen können?

Wir sind für die rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips. Denn wir wollen den Bürger*innen die Möglichkeit geben, die Leitung der EU-Kommission durch ihr Kreuz am Wahltag direkt mitzubestimmen. Wer Kommissionspräsident*in werden kann, soll vorher transparent und für alle Bürger*innen ersichtlich feststehen. Dann können die Menschen in der EU die künftige Ausrichtung der europäischen Politik direkt beeinflussen und maßgeblich zur Stärkung der demokratischen Legitimität der Europäischen Union beitragen. Dafür wollen wir auch transnationale Listen bei der Europawahl einführen. Eine Stimme für eine transnationale Liste, die von der europäischen Spitzenkandidatin oder Spitzenkandidat angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft der Europäischen Kommission bewerben. Mit der zweiten Stimme werden wie bisher die Kandidatinnen und Kandidaten auf der nationalen Liste für das Europäische Parlament gewählt.